



Alles eine Mentalitätsfrage

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat nur dann eine Chance, wenn sich die Mentalität ändert

Dr. Helmut Linssen MdL, Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen



(C) Jochen Tack/Finanzministerium NRW

Selten war das Bekenntnis der Politik zu soliden Staatsfinanzen einmütiger und nachdrücklicher als jetzt. In Koalitionsvereinbarungen und politischen Grundsatzpapieren nimmt die Finanzpolitik häufiger denn je einen prominenten Platz ein und es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht Politiker aller Couleur und unterschiedlichster fachpolitischer Ausrichtungen die Konsolidierung der Staatsfinanzen fordern. Als für Finanzen zuständiger Minister bin ich hierüber natürlich sehr erfreut. Jetzt muss es gelingen, dass diese Einmütigkeit keine Eintagsfliege bleibt und dass den guten Absichten auch gute Taten folgen.

Mit Blick auf die Umsetzung der guten Absichten in gute Taten sehe ich allerdings ein großes Mentalitätsproblem. In den ersten Jahrzehnten unserer Republik haben wir uns an eine wachsende Wirtschaft mit stetig

steigenden Einnahmen für die öffentlichen Haushalte gewöhnt. Der jährliche und verlässliche Zuwachs auf der Einnahmenseite gab immer genug Spielraum, um Verteilungskonflikte mit leichter Hand zu lösen. Am Ende eines Haushaltsstreits gab es allenfalls den einen oder anderen Politikbereich, der ein bisschen *weniger mehr* bekam als die anderen. Undenkbar, dass nur ein gegenüber dem Vorjahr gekürztes Budget zur Verfügung gestellt wurde. Dies ist aber gerade vor dem Hintergrund der in diesen Jahren unerlässlichen Konsolidierungsnotwendigkeiten unabdingbar. Auch wenn die Zeiten hoher Wachstumsdynamik vorbei sind, bestimmen sie noch immer unser Denken und Handeln, vor allem wenn es um das Formulieren von Ansprüchen geht. Diesen stehen aber nur noch stark begrenzte Möglichkeiten gegenüber. Unsere finanzpolitische Projektion für die kommenden Jahre wäre auf Sand gebaut, wenn wir es zuließen, den hohen Ausgabeerwartungen der Fachpolitik kritiklos unrealistische Einnahmenschätzungen gegenüber zu stellen.

Für die Finanzpolitik bedeutet dies konkret: Die Einnahmen müssen die Ausgaben bestimmen! Dem vorherrschenden und unserer Wachstumsmentalität entspringenden Verfahren zur Aufstellung öffentlicher Haushalte ist geschuldet, dass wir immer zunächst nach den (vermeintlich?) unabwiesbaren Ausgaben fragen und diesen dann die Einnahmen „anpassen“. Jede Haushaltsstelle formuliert ihren – in aller Regel gegenüber dem Vorjahr deutlich höheren – Ausgabenbedarf und reicht ihn nach oben (bottom up) und schließlich an den Finanzminister weiter, der nur schwerlich prüfen kann, inwieweit diese Ausgabenwünsche gerechtfertigt sind. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen die finanzpolitische Grundeinsicht, dass man erst einmal schauen

muss, was man an Einnahmen zur Verfügung hat, und diese dann den Deckel für die Ausgaben darstellen. Folgt man dieser Grundeinsicht in der Politik, dann gibt – auf Vorschlag des Finanzministers – das Kabinett von oben (top down) den einzelnen Politikbereichen vor, womit sie auskommen müssen. Dann gilt: Nicht mehr die tendenziell unbegrenzten Ausgabenwünsche der Fachpolitiker erzwingen unrealistische Einnahmeschätzungen zum Etatausgleich, sondern die harte Realität begrenzter Einnahmen zwingt zur Drosselung der Ausgaben, zur Aufgabenkritik und zur Effizienzsteigerung!

+++ Termine +++ Termine +++

07.06.2006

Minister Dr. Helmut Linssen
Neue Finanzpolitik in NRW

Eine Veranstaltung der MIT Rhein-Sieg-Kreis, Anmeldung unter: www.mit-rhein-sieg.de

22.06.2006

Das Bahnprojekt – Ein Gewinn für Dortmund?

Diskussionsrunde der MIT Dortmund im Hause Ernst & Young, 18.30 Uhr

02.07.2006

Dr. Josef Schlarmann, MIT-Bundesvorsitzender

Quo vadis Deutschland? – Die CDU zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Politisches Frühstück, Sport- und Freizeitpark Klängenhuf, Neukirchen-Vluyn, 9.30 Uhr, Kostenbeitrag pro Person: 8,50 Euro für das Frühstücksbuffet, Anmeldung unter 0 28 45-39 31 15 (Michael Darda)

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Damit einhergehen muss eine stärkere dezentrale Budgetverantwortung! Die Konsolidierung der Staatsfinanzen kann nicht die alleinige Aufgabe der Finanzminister unserer Republik sein. Dieser Aufgabe müssen sich alle politisch Verantwortlichen verpflichtet fühlen. Ein Finanzminister selbst sollte sich mit ressortspezifischen Vorschlägen zur Konsolidierung zurückhalten und seine Aufgabe vielmehr darin sehen, seinen Ressortkollegen (nach transparenten Kriterien) Einsparvorgaben zu machen. Dann haben diese die Pflicht, aber auch die Freiheit, die Einsparvorgaben jeweils durch konkrete und realistische Maßnahmen für ihr Ressort umzusetzen. So schwer sollte uns der gesellschaftliche Mentalitätswandel nicht fallen. Gilt es doch nur, das, was bereits jeder private Haushalt beherzigen muss („Ich kann nur soviel ausgeben, wie ich an Einnahmen zur Verfügung habe.“), auf die öffentlichen Haushalte zu übertragen – ein Grundsatz, der in den letzten Jahrzehnten insbesondere bei den meisten großen Städten, den Ländern und auf Bundesebene in Vergessenheit geraten ist. ■

Landesgeschäftsstelle stellt neue Infolyer zur Verfügung

„Abwarten und Tee trinken?“ Diese Frage ist Titelslogan des neuen Flyers der MIT NRW. Abwarten ist sicherlich keine Alternative für die 9.000 Mitglieder unserer Vereinigung in NRW. Und damit die Fürsprecher einer mittelstandsfreundlichen Politik der CDU noch mehr werden, gibt es nun erneut kostenlos neue Infolyer mit Mitgliedsanträgen. Mehr Infos hierzu gibt es in Ihrer MIT-Landesgeschäftsstelle (0211-13600-43/-44/-45).

MIT Rhein-Sieg-Kreis

Stadtrundgang mit Ministerpräsident Milbradt

Aprilwetter begleitete und verkürzte den Stadtrundgang des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt in Siegburg. Da war der neue ICE-Bahnhof doppelt willkommen: zur Besichtigung und als Schutz vor dem Regen. „Das soll ein Bahnhof sein“, staunte Angelika Milbradt, die sich in der kreisrunden Empfangshalle wie in einem schicken Warenhaus fühlte. Bürgermeister Franz Huhn und MIT-Kreisvorsitzender Hans-Günther Burgwinkel führten die Eheleute Milbradt am Nachmittag vor dem 11. Frühjahrsempfang der MIT Rhein-Sieg zwei Stunden durch die rheinische Kreisstadt, zu modernen ebenso wie zu historischen Gebäuden, von pulsierenden Geschäftszonen zu stillen grünen Winkeln, alles nah beieinander. Und der Dresd-

Die MIT im Parlament

Andrea Milz MdL: „Das Geheimnis des Könnens liegt im Wollen!“ (Giuseppe Mazzini)

Seit 6 Jahren ist Andrea Milz (43) aus Königswinter Landtagsabgeordnete im Rhein-Sieg-Kreis für die Städte Bad Honnef, Königswinter und Sankt Augustin. Wie auch in ihrer ersten Wahlperiode ist Andrea Milz ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Hier vertritt sie für die CDU-Fraktion den Themenbereich Einzelhandel und Dienstleistung sowie nun auch den Bereich Tourismus in NRW. Gerade im Hinblick auf die Bedeutung des Tourismus für ihre Region (z.B. Drachfels und Regionale 2010) kann sie hier landespolitische Themen mit den Interessen ihres Wahlkreises verbinden. Außerhalb der Plenarsitzungen nutzt Milz gerne die Zeit,



um Firmen vor Ort zu besuchen und über deren Anforderungen an eine moderne Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Neben den großen Firmen in NRW wie z.B. Opel, Ford, Bayer, Vorwerk oder eine türkische Großbäckerei pflegt Milz Kontakte zu Firmen ihres Wahlkreises. So besuchte sie die Betriebe im Gewerbegebiet Rottbitze, den Pralinenhersteller Coppeneur, das Physikzentrum, Betriebe im Gewerbegebiet Ruttscheid und Gewerbeschaufen in ihrem Wahlkreis. Alle ande-

ren Firmen sind teilweise mit Kollegen aus der Region Mittelrhein gemeinsam besucht worden, was das Verständnis der Einzelnen für die Probleme vor Ort immer sehr gefördert hat. Andrea Milz begann mit 18 Jahren ihre Arbeit in der CDU Königswinter. Mit 26 Jahren kandidierte sie das erste Mal für den

Stadtrat und wurde dort in der CDU-Fraktion Geschäftsführerin und Pressesprecherin. Im Verlauf ihrer kommunalpolitischen Karriere wurde sie sachkundige Bürgerin und später Sprecherin im Jugendhilfeausschuss des Rhein-Sieg-Kreises und Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, welches sie 10 Jahre ausübte. Heute liegt neben der Tätigkeit im Wirtschaftsausschuss der Schwerpunkt in der Arbeit als Ausschussvorsitzende des Ausschusses für Generationen, Familien und Integration.

Milz: „Wirtschaftspolitik und Familienpolitik widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander. Alles was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für Familien gut und alles was für Familien gut ist, stärkt auch die Wirtschaft.“



ner Regierungschef erkannte an, wie harmonisch in Siegburg Altes und Neues zusammengewachsen ist.

Das Stadtmuseum am Markt lernte der gebürtige Sauerländer zugleich als das Geburtshaus des Komponisten Engelbert Humperdinck („Hänsel und Gretel“) kennen. Vor dem nächsten Regenschauer zog sich die Gruppe zu Erdbeertorte mit Sahne in ein Caféhaus zurück. „Mit großem Respekt“ habe er gesehen, wie die Stadt Sieg-

burg ihre Infrastruktur entwickelt habe. Dazu könne er nur gratulieren, sagte Milbradt. Zum Vergleich führte er „seine“ sächsischen Vorzeigekreisstädte Bautzen, Freiberg und Meißen an.



MIT Bezirk Niederrhein Unterwegs in Berlin

Der Vorsitzende der MIT Bezirk Niederrhein, Michael Darda, sein Stellvertreter Günter Krings MdB und der Landtagsabgeordnete Peter Kaiser nahmen als Mitglieder des Vorstandes der CDU Bezirk Niederrhein an einer Klausurtagung in Berlin teil. Der Vorsitzende Ronald Pofalla MdB, Generalsekretär der CDU Deutschland, hatte ein interessantes Programm zusammenstellen lassen. Dabei ergab sich auch die Gelegenheit zu einem Zusammentreffen mit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Weitere Schwerpunkte der 2tägigen Tagung waren intensive Gespräche mit dem ersten parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, mit dem Generalsekretär der CSU, Dr. Markus Söder MdL und mit dem Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB. Ein Höhepunkt der Tagung war sicher das gemeinsame Abendessen mit Altkanzler Dr. Helmut Kohl.



MIT Köln

Zwei Drittel des Einkommens für gesetzliche Sozialversicherung?

Dieses heiße Thema war Mittelpunkt einer Informationsveranstaltung im Hause des Gerling Versicherungskonzerns in Köln. Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen erläuterte vor mehr als 200 Gästen die relevanten Änderungen, insbesondere die Auswirkungen der demografischen Entwicklung sowie die Problematik der nachgelagerten Besteuerung. Nach Berechnungen des Wissenschaftlers werden die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ohne tiefgreifende Reformen in 30 Jahren rund zwei Drittel des Einkommens verschlingen. Sein Fazit: Die Sozialkassen sind eine tickende Zeitbombe, deren Risiken bei weitem unterschätzt werden. Raffelhüschen: „Insgesamt schlummern – statistisch unentdeckt – mehr als vier Billionen Euro an Schuldenlast in diesen Kassen.“

Kaum ein sozialpolitisches Thema wird in Deutschland so intensiv diskutiert wie die Rente. Private, betriebliche oder Versorgungswerk-Rente? Wo wird gekürzt und wie wird besteuert? Dazu die Frage, wie sicher sind die Renten. Raffelhüschen: „Die schleichenden Korrekturen der letzten Jahre bringen einschneidende Veränderungen mit sich: Die Rente ist zwar sicher – aber deutlich geringer, als man glaubt.“

Die Veranstaltung im Hause Gerling war der Auftakt einer lockeren Zusammenarbeit des Bundesverbandes der Volks- und Betriebswirte, Bezirksgruppe Köln, Bonn, Aachen, Siegen (bdvb) und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Köln (MIT), frei nach dem Motto: Gemeinsame Aktivitäten für gemeinsame Stärken nutzen.

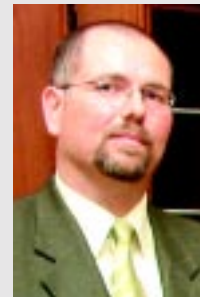


Von links nach rechts: Dr. Christian Kauer (bdvb Köln), Birgi Gordes (Vorsitzende der MIT Köln), Dr. Bernd Raffelhüschen, Michael Verhasselt (Geschäftsführer Gerling), Ute Schneider-Ludorff (Vorsitzende des bdvb Köln/Schatzmeisterin MIT Köln), Thomas Damrow Gerling, Leiter Fachdirektion Köln Stb/WP/RA

Personen/ Vorstände

Ulrich Siebensohn verstorben

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW trauert um den am 4. Mai 2006 im Alter von 51 Jahren nach langer schwerer Krankheit verstorbenen Kreisvorsitzenden im Märkischen Kreis, Ulrich Siebensohn. Ulrich Siebensohn



engagierte sich in besonderer Weise in der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW. Er war lange Jahre Stadtverbandsvorsitzender in Lüdenscheid

und seit 2000 auch Kreisvorsitzender des Märkischen Kreises. Ulrich Siebensohn war auch in der CDU vor Ort und im Evangelischen Arbeitskreis, dort als Mitglied des Landesvorstandes, sehr aktiv. Er engagierte sich im gesellschaftlichen Leben seiner Heimatstadt und war dort an führender Stelle tätig. Er hinterlässt seine Ehefrau und eine Tochter.

MIT Kaarst

MIT kickt beim Business-Cup mit

Drei Siege sprangen für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung beim diesjährigen Business-Cup in Kaarst heraus. Das schlechtere Torverhältnis im Vergleich zum Team der örtlichen Dresdner Bank brachte die MIT-Mannschaft, für die das Unternehmer- und Firmenturnier schon zum festen Jahrestermin geworden ist, um die Viertelfinalteilnahme.

Für die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung rund um ihren Stadtverbandsvorsitzenden Hejio Driesen trotzdem erneut ein toller Erfolg, macht so Politik doch auch noch Spaß und fit.

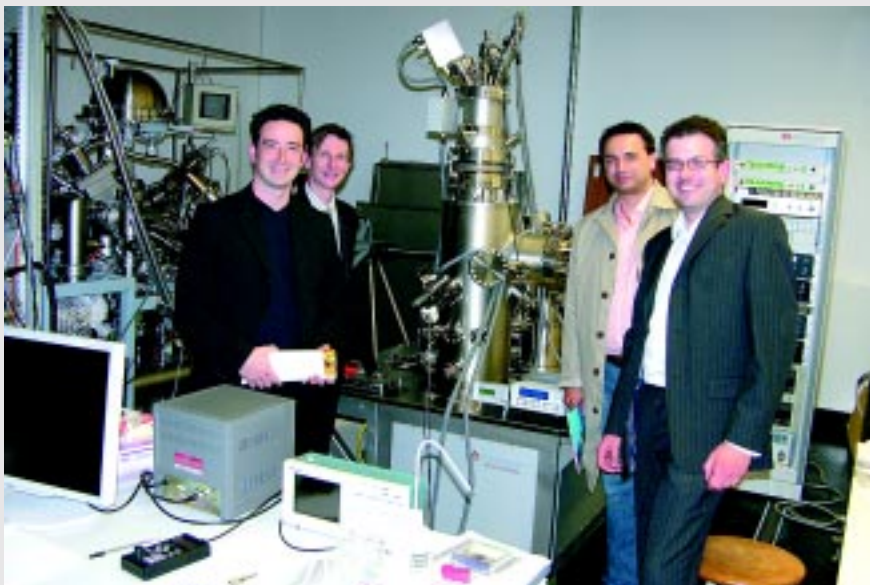


Aus dem Landesverband

Mittelständler machen sich schlau über Nanotech

„Wenn Sie die gesamte Menschheit, 6,5 Milliarden Menschen, verkleinern auf einen Nanometer pro Person, so passt die Menschheit auf ein Reiskorn und es bliebe noch Platz zum Tanzen“, so Claas Sudbrake vom Zentrum für Nanotechnologie in Münster. Dies ist nur eine von vielen interessanten Darstellungen, die den Mitgliedern des AK junger Mittelstand im Rahmen einer Besichtigung des Technologiezentrums näher gebracht wurde. Bruno Vinschen, Sprecher des Arbeitskreises, freute sich über eine tolle Besichtigung des High Tech Standortes in Münster, wo seit 2003 das

CeNTech ein Kompetenzzentrum für Nanoanalytik des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist. Neben millionenteuren Untersuchungsgeräten des hochgradig interdisziplinären Forschungszentrums, in dem vor allem Physiker und Mediziner eng zusammenarbeiten, begeisterte das Gespräch mit Dr. Arnold Raem von der arrows Biomedical die jungen Mittelständler. Besonders freuten sich die Arbeitskreismitglieder, dass Dr. Raem auch an der im Anschluss stattfindenden AK-Sitzung bei der Firma Humpert & Partner im Technologiehof teilnahm und weiter mitdiskutierte.



Von links: Bruno Vinschen, Claas Sudbrake, Andreas Drabben, Frederik Humpert

MIT Kamp-Lintfort

Zu Gast bei BenQ



Auf Einladung der Firma BenQ fand der 5. MIT-Unternehmertreff im Werk an der Kamp-Lintforter Südstraße statt. Werksleiter August Kraus stellte den Mittelständlern die aktuelle Situation der Firma nach der Übernahme der Mobilfunksparte des Siemens-Konzerns durch BenQ dar.

Nach einer ausgiebigen Besichtigung der Fertigungslinien in der Produktionshalle fand eine gemeinsame Diskussion zum Standort Kamp-Lintfort statt. „Wir freuen uns auf ein freundschaftliches Verhältnis zu BenQ und wollen uns gemeinsam für ein besseres Erscheinungsbild unseres Standortes einsetzen“, so Michael Otte, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU. „Wir werden uns bemühen, die Kamp-Lintforter Mittelständler verstärkt bei Auftragsvergaben zu berücksichtigen“, so Werksleiter August Kraus. „Das ist eine gute Perspektive, denn BenQ ist für unsere Stadt, die Region Niederrhein und darüber hinaus in ganz Nordrhein-Westfalen ein bedeutender Auftraggeber.“

Aus dem Landesverband

Offener Brief der MIT Bezirk Niederrhein an die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Dr. Angela Merkel

10. Mai 2006

„Quo Vadis Deutschland“?

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

sehr schwierige Rahmenbedingungen fanden Sie vor, als Sie im November vergangenen Jahres die Regierungsverantwortung für unsere Republik übernahmen und das mit einem ungeliebten Koalitionspartner.

Eigentlich waren wir uns schon weit im Vorfeld der Wahlen – und das wird nicht zuletzt durch die Leipziger Beschlüsse dokumentiert – darüber im Klaren, dass es eine nachhaltige Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und eine Sicherung des Wohlstands für alle nur geben wird, wenn eine vernünftige Mittelstandspolitik in das Zentrum allen politischen Handelns gestellt wird. „Geht es dem Mittelstand gut – geht es Deutschland gut“. In dieser Kernaussage steckt sehr viel Weisheit. Dabei muss unbedingt gesehen werden, dass sich heute die mittelständischen Unternehmer mehr denn je dem internationalen Wettbewerb stellen müssen.

Mehr Freiheit wagen, haben Sie in Ihrer Regierungserklärung am 30. November 2005 formuliert. Das hat uns gefallen und Zuversicht gegeben. Leider ist von dieser Aufbruchstimmung nicht viel übrig geblieben. Die politischen Entscheidungen der vergangenen Monate in Berlin stehen nicht zwingend für eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Mittelstand.

Noch einmal der Hinweis: Wir wissen, dass Sie nicht alleine regieren, sondern die Sozialdemokraten drücken mit ihrer „Politik hin zum Kollektivismus“ sämtlichen Entscheidungen ein Stück weit ihren Stempel auf. Manchmal erscheint uns dieser Stempel zu groß. Das wird auch bei der Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes deutlich. Die Umsetzung dieser EU-Vorgaben für Deutschland geht im Zivilrecht weit über das EU-Recht hinaus und bedeutet wieder ein Mehr an Bürokratie und Regulierung. Das können wir nicht gutheißen.

Fassen wir die Kabinettsentscheidungen zur Mehrwertsteuererhöhung, zur Umstellung der Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge und die aktuellen Diskussionen um die Reichensteuer sowie die Ausweitung der Pauschalabgaben auf die 400,- Euro-Jobs von 25 % auf 30 % zusammen, so erkennen wir nur Belastungspotentiale für die mittelständischen Betriebe vor Ort und hierdurch bedingt einen weiteren Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und damit von Arbeitsplätzen.

Die zurzeit noch zunehmende Staatsverschuldung tut ihr Übriges. Die vor Jahren losgetretene Spirale „Immer stärkere Belastungen des Mittelstandes – Immer weniger Arbeitsplätze“ wird durch die aktuelle Politik nicht durchbrochen; sie wird vielmehr fortgesetzt.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung im Bezirk Niederrhein fordert Sie auf, mehr Mut zu zeigen, was die konsequente Umsetzung der Leipziger Beschlüsse angeht, alles zu tun, dass die Staatsquote von zurzeit 50 % auf 35 % reduziert wird und auch durch eine konsequente Gesundheitsreform dafür zu sorgen, dass die Sozialversicherungsbeiträge von zurzeit 41,5 % auf deutlich unter 38 % sinken werden. Bei der Gesundheitsreform darf das Instrument der Finanzierung nur eine untergeordnete Rolle spielen, viel dringlicher ist es zu überlegen, welche Kosten können beseitigt werden, damit sie gar nicht erst finanziert werden müssen.

Seien Sie mutig, was den Abbau aller bürokratischen Hürden angeht. Das kostet in der Regel nicht einmal etwas, sondern bringt nur Vorteile. Hier haben wieder einige unserer europäischen Nachbarn die Nase vorn. Noch einmal der Hinweis, dass die Regierungsentscheidungen zur Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes genau in die falsche Richtung gehen...

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Michael Darda
– Vorsitzender –

CDU Regionalkonferenz in Düsseldorf

In der Sache hart, aber im Ton freundlich, so kann man den Ablauf der 4. von der CDU Deutschlands durchgeführten Regionalkonferenz, die am 19.5.2006 in Düsseldorf stattfand, bezeichnen. Unverkennbar war, dass es an der CDU-Basis – und nicht nur in den Reihen der MIT – grummelt. NRW CDU Generalsekretär und MIT Landesvorstandsmitglied Hendrik Wüst fasste es in Worte, indem er sagte, dass Angela Merkel der Basis das Gefühl geben müsse, dass die Union nicht alle Positionen auf dem „Altar des Koalitionsfriedens“ räume.

Mehrwertsteuererhöhung und die Zustimmung zum Antidiskriminierungsgesetz sind

hier aus Sicht der MIT besonders zu nennen. Und das tat auch unser Bezirksvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied Uwe Kombrink in seinem Beitrag.

„Wenn ich das Beispiel nehme, dass die CDU inzwischen das Antidiskriminierungsgesetz der vorherigen rot-grünen Regierung umsetzt, dann mache ich mir doch etwas Sorgen über die gesamte geistige Einstellung, die im Moment bei uns herrscht.“ Für diesen Satz gab es mit den stärksten Beifall auf der Konferenz und hiermit war Uwe Kombrink auch zu bester



Uwe Kombrink

Sendezeit am folgenden Sonntag in der Sendung Berlin direkt des ZDF vertreten.

Über die mediale Präsenz kann die MIT überaus zufrieden sein, war nicht nur Uwe Kombrink darüber hinaus auch in der ARD Sendung Bericht aus Berlin vertreten, sondern waren auch unsere MIT-Freunde Friedhelm Müller (Bezirksvorsitzender Ruhrgebiet) und Klaus Dieter Leßmann (Kreisvorsitzender Höxter) noch am Abend der Veranstaltung selber bundesweit in ZDF und ARD präsent.

Personen/ Vorstände

MIT Kaarst bestätigt Vorstand

Quasi unter Palmen traf sich die MIT Kaarst zu ihrer Jahreshauptversammlung in der Baumschule Schmitz in Büttgen. Markus Leßmann, Ortsverbandsvorsitzender der CDU Büttgen und stellvertretender Kreisvorsitzender, lobte die Arbeit der MIT Kaarst und freute sich, dass man in Büttgen tage.

Auf der Tagesordnung der Versammlung standen der Jahresbericht und die Neuwahlen des Vorstands. Vorsitzender Heijo Drießen fasste seinen Rückblick kurz und knapp. „Sie waren auf unseren vielen Veranstaltungen zu Gast und konnten sich selber überzeugen“, sagte er zu den anwesenden Mitgliedern. Kaminabende, Tennisturnier, regelmäßige Firmenbesuche und Podiumsdiskussionen im Rahmen der Wahlkämpfe füllten die vergangenen zwei Jahre gut aus. Die Zufriedenheit der MIT'ler mit ihrem Vorstand spiegelte sich in den Wahlergebnissen wider. Heijo Drießen wurde mit hundertprozentiger Zustimmung im Amt als Vorsitzender bestätigt. Seine Stellvertreter Horst Indenhuck und Thorsten Schmitter wurden ebenso wie alle weiteren Vorstandsmitglieder für weitere zwei Jahre in ihre Posten gewählt.



Bürgermeister Franz-Josef Moormann referierte an diesem Abend zum Thema „Kaarst im Wettbewerb mit...“. Darin musste er zunächst die Konkurrenten der Stadt finden. So stünde man eher im Wettbewerb mit sich selbst und bestreitet den mit den umliegenden Kommunen zusammen. „Wir wollen nicht die Nachteile unse-

rer Nachbarn herausheben“, so Moormann. Stattdessen müssten Potenziale genutzt und Wege gemeinsam beschritten werden. Im Bereich Rechnungsprüfung arbeitet die Verwaltung bereits mit der Stadt Korschenbroich zusammen, gegen den Fluglärm kämpfen sie mit Meerbusch als dritten Partner gemeinsam.

Aus dem Landesverband

MIT gegen Antidiskriminierungsgesetz

Die Einigung zwischen SPD und Union zum Antidiskriminierungsgesetz, welches nun in „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ umgetauft wurde, hat den starken Protest der MIT NRW hervorgerufen. Im November 2005 haben die beiden großen Volksparteien im Koalitionsvertrag zugestimmt, die EU-Gesetzgebung bei der Umsetzung auf das tatsächlich Notwendige zu beschränken. Nun soll am 1. August 2006 das neue Antidiskriminierungsgesetz in Kraft treten. Nach dem Gesetz darf im Arbeits- und Geschäftsleben niemand wegen seiner ethnischen Herkunft oder Rasse, seines Geschlechtes oder Alters, seiner Behinderung, sexuellen Orientierung, Religion oder Weltanschauung benachteiligt werden. Das Gesetz geht im

Zivilrecht weit über die EU-Vorgaben hinaus. Dies bedeutet nicht zuletzt auch für die Wirtschaft und den Mittelstand wieder ein Mehr an Bürokratie und Regulierung. Nach Auffassung der MIT NRW bietet die deutsche Gesetzgebung bereits heute hinreichenden Schutz vor Diskriminierung. Wenn über die EU-Vorgaben hinaus nun weitere Benachteiligungsgruppen in das Gesetz aufgenommen werden sollen, findet sich in Zukunft nahezu für jeden eine passende Schublade, um sich als unterdrückte Minderheit auszugeben. Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 19.5.2006 beschlossen, die NRW-Landesregierung aufzufordern, im Bundesrat gegen das „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ zu stimmen. Unser Landesvorsitzender Hartmut Schauerte

hat dieses sofort unserem Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers in einem Brief mitgeteilt und zusätzlich angeregt, das Thema auch im CDU Landesvor-



stand zu diskutieren. Der starke Beifall auf der CDU Regionalkonferenz zu der Wortmeldung unseres Bezirksvorsitzenden Uwe Kombrink zu diesem Thema habe deutlich gezeigt, so Schauerte in seinem Brief an den Ministerpräsidenten, dass hier der Nerv der Parteibasis getroffen sei.

Mehr Bürokratie und zusätzliche Kosten

Marie-Luise Dött kritisiert das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) setzt vier EU-Richtlinien um und schafft Schutz vor Benachteiligung aller Art. Die Große Koalition hat das AGG auf den Weg gebracht. Sie überarbeitete damit das von Rot-Grün geplante Antidiskriminierungsgesetz. Herausgekommen ist ein Kompromiss, der den ursprünglichen Gesetzesentwurf in einigen Punkten abgemildert hat.

Allerdings wird das AGG die deutsche Wirtschaft mit Bürokratie belasten, deren Folgen derzeit noch nicht zu überblicken sind. Vor allem bringt es eine enorme Rechtsunsicherheit mit sich. Das liegt in erster Linie daran, dass auch der neue Gesetzesentwurf noch immer an wichtiger Stelle über die Vorgaben der – ohnehin schon bürokratischen – EU-Antidiskriminierungsrichtlinien hinausgeht. Ich wiederhole daher die Kritik, die ich schon bei der Vorlage des Antidiskriminierungsgesetzes vor rund einem Jahr formuliert habe: Hier versucht der Staat, politisch korrektes Verhalten gesetzlich zu erzwingen.

Einige Teile des Gesetzes sind besonders zu kritisieren. Das sind vor allem die Regelungen, die die Richtlinienvorgaben übererfüllen. Dazu gehört beispielsweise das geplante „Verbandsklagerecht“ von Betriebsräten und im Betrieb vertretenen Gewerkschaften



gegen den Arbeitgeber, das nicht einmal von der Zustimmung des Arbeitnehmers abhängt. Ein solches Klagerecht ist in keiner Richtlinie erwähnt. Es kann unnötig Unfrieden in die Betriebe tragen und ist zum Schutz der Arbeitnehmer nicht zwingend erforderlich.

Aber es gibt nicht nur Negatives über das AGG zu berichten. Positiv zu beurteilen sind vor allem zwei Punkte. So bin ich zufrieden damit, dass das Abtretungsrecht von Ansprüchen an so genannte Antidiskriminierungsverbände gestrichen wurde und die Fristen zur Geltendmachung einer Diskriminierung von sechs auf drei Monate verkürzt worden sind.

Grundsätzlich hätte man bei der Installation des AGG einiges anders machen können. Diskriminierungen sind kein Problem in der deutschen Wirtschaft. Deshalb hätte es keines Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes bedurft. Dennoch ist mir klar, dass die EU-Richtlinien in deutsches Recht umgesetzt werden müssen, wir also keine Wahl bezüglich des „Ob“ der Umsetzung haben. Wir können jedoch das „Wie“ der Umsetzung gestalten. Und dieses „Wie“ kann nur so aussehen, dass die Richtlinien 1:1 umgesetzt und systemgerecht in die zahlreichen schon vorhandenen Gleichbehandlungsvorschriften eingefügt werden.

Dabei wurden die finanziellen Folgen für die Wirtschaft nur unzureichend bedacht. Auf Unternehmen aller Größen werden neue Kosten durch die Umsetzung des AGG zukommen. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen. Das Gesetz schreibt vor, dass der Arbeitgeber „in geeigneter Art und Weise, insbesondere im Rahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung“, auf die Unzulässigkeit von Benachteiligungen hinweisen muss. Das bedeutet im Klartext, dass alle Arbeitgeber verpflichtet werden, Antidiskriminierungsschulungen durchzuführen. Diese Schulungen sind jedoch nicht etwa auf Führungskräfte eingegrenzt, sondern beziehen sich auf alle Arbeitnehmer. Dies kann ein Millionengrab für Großunternehmen werden.

Darüber hinaus hat das AGG noch weitere Auswirkungen. Auf die Arbeitgeber kommen erhebliche Bürokratielasten und Dokumentationspflichten zu. Auf Grund der im AGG vorgesehenen – aber auch von den Richtlinien vorgeschriebenen – Beweislastverteilung zu Lasten des Arbeitgebers muss der Arbeitgeber beweisen, dass beispielsweise bei Einstellungen keine Benachteiligung vorlag. Es ist dem Arbeitgeber daher zu raten, Bewerbungsgespräche immer von zwei Personen durchführen zu lassen. Dabei wird auch wieder ein wenig freier Marktwirtschaft vernichtet. Jede Regulierung hat negative Folgen für die Einstellungsbereitschaft. Das belegen internationale und nationale Studien. Jedenfalls ist das AGG kein Beitrag zu ihrer Förderung.

MIT Much

Besuch bei Herpa-print

Im Rahmen der Besuche bei mittelständischen Betrieben vor Ort lud die MIT-Beauftragte Notburga Kunert zur Besichtigung der Firma Herpa-print ein. Das Werk besteht als Familienunternehmen in dritter Generation. Angefangen hatte alles mit der Herstellung von Molkereiprodukten. Dann kam dem Firmengründer Willi Loede die Idee, in Milchkannen Nummern einzustanzeln, um sie nicht zu verwechseln. Schon bald wurde die Stanzarbeit durch Klebefolien ersetzt. Die Grundlage für das heutige Werk war gelegt. Seit den 60er Jahren beschäftigt Herpa-print sich nun mit der Bedruckung und Veredelung von Folienprodukten. Zurzeit arbeiten 75 Angestellte in den Bereichen Siebdruck, Etiketten, Digitaldruck und



Die MIT-Besucherguppe bei Herpa-print: rechts außen Herr Michael Pack, 2.von rechts Notburga Kunert

Reflexfolien. Viele große Firmen in Deutschland, in Europa und Übersee werden beliefert, zum Beispiel die Bayer-Werke, Coca Cola, Siemens, bekannte Brauereien und Autofirmen wie Ford oder BMW. Ausgiebig nahm sich Michael Pack von Herpa-print

Zeit, führte durch den Betrieb und beantwortete Fragen. Er sprach auch über die Schwierigkeiten in mittelständischen Unternehmen in Deutschland, besonders die hohen Lohn(neben)kosten, aber auch die vielen bürokratischen Hürden.

Es tut sich was in Nordrhein-Westfalen!



Die Landtagswahl vor einem Jahr, am 22. Mai 2005, brachte nach 39 Jahren SPD-Regierung die historische Wende in Nordrhein-Westfa-

len. Grund genug für uns, nach einem Jahr eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Und es tut sich etwas in unserem Land, in großen und in kleinen Dingen. Mit am wichtigsten: Die Konsolidierung des Landeshaushaltes ist eingeleitet. NRW muss raus aus der Schuldenfalle. Finanzminister und MIT-Mitglied Dr. Helmut Linssen hat hier den Trend der Neuverschuldung umgekehrt. Mit einem strikten Sparkurs will die CDU erreichen, dass NRW 2015 ohne neue Schulden auskommt.

Bildung und Ausbildung: NRW wird das modernste Schulgesetz in ganz Deutschland bekommen. Seit dem Regierungsantritt sind über 3.200 neue

Lehrer eingestellt worden. Auch die Hochschulen werden in die Selbständigkeit und Eigenverantwortung entlassen. Sie erhalten bundesweit einmalige Gestaltungsspielräume. Die bayerischen Hochschulrektoren haben schon ihrer Staatsregierung gesagt, dass sie auch so ein Gesetz wie in NRW haben wollen. Wenn das kein Kompliment ist. Und beim Berufsschulunterricht wird es bei einer Reihe von Berufen möglich, durch Flexibilisierung des Unterrichtes die Auszubildenden mehr im Betrieb zu haben.

Beim von der MIT besonders gewünschten Bürokratieabbau macht NRW Ernst. 46 Ämter und Landessonderbehörden werden abgeschafft oder in bestehende Einheiten eingegliedert. Der Landesbetrieb Straßenbau hat sein Vergabeverfahren auf mittelstandsfreundliche Vergabegrößen umgestellt und Wirtschaftsministerin und MIT Landesvorstandsmitglied Christa Thoben hat die Landesförderung und die Existenzgründungsberatung klarer strukturiert und optimiert. Einige von vielen möglichen Beispielen.

Und die Menschen in unserem Land bemerken und honorieren das. Bei allen Meinungsumfragen haben CDU und FDP bei der Frage nach den Wahlabsichten zur Landtagswahl nicht nur eine klare Mehrheit, sondern die CDU schneidet auch deutlich besser ab als bei einer möglichen Bundestagswahl in unserem Land.

Diesen Trend müssen wir stabilisieren und stärken. Berücksichtigen Sie bei Ihrer Arbeit vor Ort auch und besonders die Landespolitik. Bei allem Ärger über uns von der SPD in Berlin aufgezwungene suboptimale Entscheidungen gibt es doch viel Positives in der Landespolitik, mit dem wir werben können und für das wir werben müssen. Unsere Landtagsabgeordneten aus dem Parlamentskreis Mittelstand sind hier gerne bereit, vor Ort bei Ihnen im Verband mitzuhelfen. Ein Jahr eine neue Politik in NRW ist eine gute Gelegenheit hierfür. Helfen Sie mit.

Klaus Gravemann,
Landesgeschäftsführer

MIT Köln

Neujahrsempfang der MIT Köln im Historischen Rathaus der Stadt Köln

Knapp 400 Gäste aus Wirtschaft und Politik waren der Einladung der neuen Vorsitzenden Birgit Gordes gefolgt. Bei ihrer Begrüßung warb sie für mehr Aktivitäten aus der Wirtschaft: „Nur gemeinsam können wir für den Mittelstand Sprachrohr sein.“

Nach weiteren Grußworten durch den Oberbürgermeister der Stadt Köln, Fritz Schramma, und den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln, Karl Josef Klipper, hatte der Gastredner des Abends, Paul Bauwens Adenauer, Präsident der IHK Köln, das Wort.

Er begrüßte die vielen guten Ideen, die in der Stadt Köln überlegt werden, forderte je-

doch eine zeitnahe Umsetzung. Jedoch warnte er auch vor allzu vielen Einzelprojekten, die ohne ein Gesamtkonzept genehmigt werden.



Neue Broschüre der CDU-Landtagsfraktion

„Aus Chancen Erfolge machen – Unsere Politik für Nordrhein-Westfalen“ ist der Titel einer neuen Broschüre der CDU Landtagsfraktion. Auf 52 Seiten werden die Fraktion, ihre Funktionsträger in den einzelnen Politikbereichen und vor allem auch unsere grundsätzlichen Positionen, unsere Ziele und das bisher schon Erreichte in den einzelnen Politikbereichen dargestellt.

Die Broschüre ist eine gute Hilfe für die politische Arbeit vor Ort. Sie steht als download unter www.cdu-nrw-fraktion.de, unter Service/Aktuelle Publikationen/Fraktionsbroschüre zur Verfügung oder ist über die Pressestelle der Fraktion, Tel.: 02 11 – 8 84 22 16 zu erhalten.